

Drygala · Staake · Szalai

Kapitalgesellschaftsrecht

Mit Grundzügen des Konzern- und
Umwandlungsrechts

§ 13 GmbHG Juristische Person; Handelsgesellschaft

(1) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung als solche hat selbständig ihre Rechte und Pflichten; sie kann Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

(2) Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften den Gläubigern derselben nur das Gesellschaftsvermögen.

(3) Die Gesellschaft gilt als Handelsgesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuchs.



Springer

Springer-Lehrbuch

Tim Drygala • Marco Staake • Stephan Szalai

Kapitalgesellschaftsrecht

Mit Grundzügen des Konzern- und
Umwandlungsrechts



Springer

Prof. Dr. Tim Drygala
Dr. Marco Staake
Stephan Szalai

Universität Leipzig
Juristenfakultät
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Burgstraße 27
04109 Leipzig
kapitalgesellschaftsrecht@uni-leipzig.de

ISSN 0937-7433
ISBN 978-3-642-17174-1 e-ISBN 978-3-642-17175-8
DOI 10.1007/978-3-642-17175-8
Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2012

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Zu diesem Buch

Das Recht lebt nicht nur von den Paragraphen, sondern von den Konflikten, die die beteiligten Personen miteinander austragen. Für das Kapitalgesellschaftsrecht gilt das in besonderem Maße, denn es ist mehr als andere Rechtsmaterien fallgetrieben und interessengeleitet.

Das vorliegende Buch versucht, dieser Besonderheit dadurch Rechnung zu tragen, dass es die hinter den Normen und Gerichtsentscheidungen stehenden Interessenkonflikte offenlegt. Dem Leser soll es ermöglicht werden, sich selbst ein Bild über die unseres Erachtens zutreffende, aber zugleich selten einzig richtige Lösung zu verschaffen.

Klare und optisch hervorgehobene Hinweise zu den Grundstrukturen helfen gleichzeitig dabei, den Gesamtzusammenhang nicht aus dem Blick zu verlieren. Wir hoffen, dass dieser Ansatz zu einer anschaulichen und lebendigen Darstellung führt, so dass das Buch trotz seiner Länge für den Leser verdaulich bleibt. Zahlreiche Beispiele und Prüfungsschemata erleichtern dabei das Gesetzesverständnis und die Problemverortung. Die in der Verlagsankündigung versprochenen ausführlichen Falllösungen hätten hingegen den Umfang des Buches endgültig gesprengt. Als Ausgleich dafür arbeiten wir bereits an einem begleitenden Fallbuch, das bald erscheinen wird.

Die Studien- und Prüfungsordnungen der Bundesländer haben unverständlicherweise das wirtschaftlich weniger wichtige Personengesellschaftsrecht zum Pflichtfach erklärt, leisten es sich aber, die rund eine Million Gesellschaften mit beschränkter Haftung in diesem Lande weitgehend zu ignorieren. Das vorliegende Buch wendet sich daher vornehmlich an fortgeschrittene Studierende, die einen unternehmensrechtlichen Schwerpunkt gewählt haben, in denen das Kapitalgesellschaftsrecht typischerweise zum Prüfungsstoff gehört.

Viele unserer Leser werden zudem später ihr Berufsfeld in einer eher beratenden als gerichtlichen Tätigkeit finden – sei es als Anwalt in einer wirtschaftsberatenden Kanzlei, sei es in einem Unternehmen. Die Darstellung bezieht daher auch Fragen der praktischen Gestaltung ein und versucht Hinweise darauf zu geben, wie eine zweckmäßige Beratung Konflikte vermeiden kann. Ebenfalls aus Gründen der praktischen Bedeutung, aber auch, weil sich diese Rechtsform dem Anfänger leichter erschließt, haben wir in der Darstellung die GmbH nach vorne gestellt und das Aktienrecht anschließend darauf aufbauend entwickelt.

Wir haben es natürlich nicht unterlassen können, unserer eigenen wissenschaftlichen Neugier nachzugeben. Dort, wo es uns geboten erschien oder wo wir einfach Lust dazu hatten, haben wir eigene Positionen entwickelt. Schwerpunkte dabei sind – so viel sei vorab verraten – das Verständnis des Stamm- bzw. Grundkapitals als Beitrag der Gesellschafter zum unternehmerischen Risiko und die zunehmende Unterscheidung zwischen börsennotierter und nicht börsennotierter AG. Wir hoffen daher in aller Unbescheidenheit, dass das Buch über studenteni-

sche Kreise hinaus Verbreitung finden und einen Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt leisten wird.

Denen, die an der Erstellung dieses Buches ebenfalls beteiligt waren, gebührt an dieser Stelle Dank. Dies sind insbesondere Frau *Ekaterina Kozlova*, ferner Herr *Tony Grobe* sowie Frau *Constance Waber*. Gedankt sei auch Frau *Anke Seyfried* und Frau *Manuela Schwietzer* vom Springer-Verlag für Ihre Geduld und die wertvolle Unterstützung, die wir erfahren haben.

Den Lesern wünschen wir viel Freude und Erkenntnisgewinn mit diesem Buch. Sollte dieser sich in Grenzen halten, weil sich Mängel und Auslassungen finden oder etwas unklar ist, so sind wir für Hinweise und Anregungen dankbar, gern per E-Mail an *kapitalgesellschaftsrecht@uni-leipzig.com*. Seien Sie aber bitte gnädig mit uns und denken Sie daran: Nur wer nicht arbeitet, macht keine Fehler.

Leipzig, Oktober 2011

Tim Drygala
Marco Staake
Stephan Szalai

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einführung in das Kapitalgesellschaftsrecht.....	1
§ 1 Grundlagen des Kapitalgesellschaftsrechts	3
I. Begriff der Kapitalgesellschaft.....	3
II. Kapitalgesellschaften als juristische Personen	4
1. Rechtsfähigkeit und Rechtspersönlichkeit.....	4
2. Kapitalgesellschaftsrechtliche Grundprinzipien	5
a) System der Normativbedingungen.....	5
b) Körperschaftliche Struktur.....	5
3. Verein als Grundform.....	7
III. Kapitalgesellschaften als Formkaufleute	7
IV. Die Bedeutung des Kapitals	8
1. Legitimation der beschränkten Haftung.....	8
2. Funktion des Stamm- bzw. Grundkapitals.....	9
3. Eigen- und Fremdkapital	12
4. Kapital und Kapitalanteil.....	13
V. Zur Trennung von Aktienrecht und GmbH-Recht.....	14
1. Strenges Aktienrecht.....	14
2. Liberales GmbH-Recht.....	15
3. Aktieneinheitsrecht oder zwei Rechtsformen namens „Aktiengesellschaft“?	16
a) Das Prinzip des Aktieneinheitsrechts.....	16
b) Trennung von börsennotierten und nicht börsennotierten Aktiengesellschaften.....	16
c) Kapitalgesellschaftsrecht und Kapitalmarktrecht.....	17
d) Gesellschaftertypen.....	19
e) Kapitalmarktorientierte Trennlinien.....	21
§ 2 Internationale Einflüsse.....	23
I. Rechtsangleichung in der Europäischen Union	23
II. Supranationale Gesellschaftsformen	24
1. Überblick	25
2. Die Societas Europaea	25
a) Gesetzliche Grundlagen.....	25
b) Rechtsnatur, Kapital, Sitz.....	26
c) Gründung	26
d) Organe.....	27
e) Mitbestimmung	28
f) Bedeutung der SE	29
3. Die Societas Privata Europaea (SPE)	30
III. Bewegungsfreiheit im Europäischen Binnenmarkt	31
1. Niederlassungsfreiheit	31
2. Sitztheorie vs. Gründungstheorie.....	32

3.	Rechtsprechung des EuGH	33
a)	„Daily Mail“	34
b)	„Centros“	34
c)	„Überseering“	35
d)	„Inspire Art“	35
e)	„Sevic“	36
f)	„Cartesio“	36
g)	Zusammenfassung	37
5.	Behandlung von Nicht-EU-Gesellschaften	38
2. Teil: Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.....		39
§ 3 Historische Entwicklung und Bedeutung der GmbH		41
I.	Gesetzesgeschichte	41
II.	Das MoMiG	42
1.	Entstehungsgeschichte	42
2.	Zielstellung und Schwerpunkte	42
a)	Erleichterung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen	43
b)	Steigerung der Attraktivität der GmbH	43
c)	Missbrauchsbekämpfung	44
III.	Wirtschaftliche Bedeutung der GmbH	44
§ 4 Die Gründung der GmbH		47
I.	Grundlagen	47
1.	„Errichtung“ und „Gründung“	47
2.	Gründungsphasen	48
a)	Überblick	48
b)	Vorgründungsgesellschaft	48
c)	Vorgesellschaft	49
d)	Die GmbH „als solche“	50
II.	Gründungsgesellschafter	50
1.	„Personen“	50
a)	Natürliche Personen	50
b)	Juristische Personen, Personengesellschaften und Erbengemeinschaften	51
2.	Zulässigkeit der Einpersonengründung	52
III.	Der Gesellschaftsvertrag	53
1.	Bedeutung und Rechtsnatur	53
2.	Form des Gesellschaftsvertrages und Vertretung	54
a)	Notarielle Beurkundung	54
b)	Musterprotokoll im vereinfachten Verfahren	55
c)	Vertretung	56
3.	Inhalt des Gesellschaftsvertrages	56
a)	Mindestinhalt	57
aa)	Firma und Sitz	57
bb)	Gegenstand des Unternehmens	58

cc) Betrag des Stammkapitals	59
dd) Zahl und Nennbeträge der übernommenen Geschäftsanteile	59
b) Fakultativer Inhalt	60
aa) „Echte“ Satzungsbestandteile	60
bb) „Unechte“ Satzungsbestandteile	60
4. Auslegung des Gesellschaftsvertrages	61
IV. Geschäftsführerbestellung	63
V. Einlageleistung	63
1. Grundlagen	63
2. Bareinlage	64
a) Leistungsgegenstand	64
b) Mindesteinzahlung	65
c) Endgültige freie Verfügbarkeit	65
aa) Bedeutung	65
bb) Zahlung auf ein debitorisches Bankkonto	66
cc) Schuldrechtliche Verwendungsabreden	67
dd) Kein Vorbelastungsverbot	67
3. Sacheinlagen	68
a) Allgemeines	68
b) Sacheinlage und Sachübernahme; gemischte Sacheinlage	68
c) Sacheinlagefähige Gegenstände	69
d) Festsetzung im Gesellschaftsvertrag	70
e) Sachgründungsbericht	71
f) Änderung der Einlagen	71
g) Freie Verfügbarkeit, Leistungszeitpunkt	72
h) Bewertung der Sacheinlagen	72
i) Rechtsfolgen der Überbewertung	73
aa) Eintragungshindernis (§ 9c I 2 GmbHG)	73
bb) Differenzhaftung (§ 9 I GmbHG)	74
VI. Weiteres Verfahren	75
1. Anmeldung zum Handelsregister	75
a) Verfahren und Inhalt	75
b) Versicherung und Nachweise	76
c) Rechtliche Sanktionen bei Falschangaben	77
2. Prüfung des Registergerichts	77
a) Prüfungsgegenstand und -dichte	77
b) Verfahren	78
3. Eintragung	79
VII. Folgen von Gründungsmängeln	79
1. Vor Eintragung	79
2. Nach Eintragung	80
VIII. Vorratsgründung und Mantelverwendung	81
1. Grundlagen	81
2. Rechtliche Anforderungen	82

§ 5 Die Unternehmergeellschaft	85
I. Bedeutung.....	85
II. Rechtsnatur.....	86
III. Firma	86
IV. Gründung.....	87
V. Kapital, Kapitalaufbringung und Kapitalaufholung	87
1. Höhe des Stammkapitals.....	87
2. Einlagepflicht.....	88
a) Beschränkungen des § 5a II GmbHG.....	88
b) Kapitalerhöhungen	89
3. Thesaurierung	90
VI. Gesellschafterversammlung bei drohender Zahlungsunfähigkeit.....	92
VII. Übergang zur GmbH gemäß § 5a V GmbHG.....	92
 § 6 Die Vor-GmbH.....	 95
I. Grundlagen	95
1. Die Vor-GmbH als Zwischenstadium.....	95
2. Rechtsnatur und anwendbares Recht	96
II. Vertretung der Vor-GmbH	97
III. Haftungsverhältnisse in der Vorgesellschaft	99
1. Haftung der Gesellschaft	99
2. Haftung der Gesellschafter	99
a) Haftung nach Eintragung	100
b) Haftung bei fehlender Eintragung.....	101
aa) Grundsatz	101
bb) Ausnahmen.....	102
3. Handelndenhaftung.....	103
a) Zweck.....	103
b) Anspruchsvoraussetzungen.....	104
aa) Handelnder	104
bb) Rechtsgeschäftliches Tätigwerden	104
cc) Handeln im Namen der Gesellschaft.....	105
dd) Zeitlicher Anwendungsbereich.....	106
c) Rechtsfolgen	106
d) Erlöschen der Haftung	106
 § 7 Sicherung der Kapitalaufbringung	 107
I. Das Prinzip der realen Kapitalaufbringung	107
II. Befreiungsverbot (§ 19 II 1 GmbHG)	108
III. Aufrechnungsverbot (§ 19 II 2 GmbHG)	110
1. Aufrechnung durch den Gesellschafter.....	110
a) Grundsatz	110
b) Ausnahmen	110
2. Aufrechnung durch die Gesellschaft.....	111
a) Traditionelle Lösung.....	111
b) Neubewertung nach dem MoMiG.....	112
IV. Eingeschränktes Zurückbehaltungsrecht (§ 19 II 3 GmbHG)	113

V. Die verdeckte Sacheinlage § 19 IV GmbHG.....	113
1. Ausgangspunkt	113
2. Rechtslage vor und nach dem MoMiG	114
3. Tatbestand.....	116
a) Legaldefinition.....	116
b) Gegengeschäft.....	116
c) Abrede.....	117
d) Dienstleistungen.....	118
e) Verdeckte Sacheinlagen bei der UG?	119
4. Rechtsfolgen	120
a) Fortbestehen der Bareinlagepflicht	120
b) Keine Unwirksamkeit des Gegengeschäfts	120
c) Anrechnung.....	120
d) Keine Leistung zur freien Verfügung	123
5. Heilung	124
VI. Das Hin- und Herzahlen (§ 19 V GmbHG).....	124
1. Grundlagen	124
2. Abgrenzung zur Kapitalerhaltung.....	126
3. Voraussetzungen der Privilegierung	126
4. Rechtsfolgen	128
a) Privilegierte Vorgänge	128
b) Sonstige Fälle	128
5. Her- und Hinzahlen.....	129
6. Dienstleistungen	129
a) Der Standpunkt des BGH.....	130
b) Kritik.....	130
VII. Kapitalaufbringung im Cash-Pool.....	131
1. Grundlagen des Cash-Pooling	131
2. Kein Sonderrecht bei der Kapitalaufbringung	132
a) Rechtslage bis zum MoMiG	132
b) „Cash Pool II“.....	133
c) Stellungnahme	133
VIII. Sanktionen bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Einlagepflicht.....	134
1. Überblick	134
2. Rechtsfolgen nicht rechtzeitiger Leistung.....	135
a) Verzinsungspflicht (§ 20 GmbHG).....	135
b) Kaduzierung (§§ 21 ff. GmbHG).....	135
c) Haftung für den Fehlbetrag	137
aa) Haftung der Vormänner	137
bb) Verwertung.....	137
cc) Ausfallhaftung des ausgeschlossenen Gesellschafters	137
dd) Ausfallhaftung der übrigen Gesellschafter (§ 24 GmbHG).....	138
§ 8 Kapitalerhaltung.....	139
I. Grundlagen.....	139
1. Funktion und Umfang der Kapitalbindung	139
2. Kein Schutz vor Verwirtschaftung.....	141

3.	Alternative zur bilanziellen Kapitalerhaltung.....	141
4.	Das „November“-Urteil und die Folgen	142
II.	Das Auszahlungsverbot des § 30 GmbHG	143
1.	Verbotstatbestand	143
a)	Sachlicher Anwendungsbereich: „Auszahlung“	144
aa)	Grundlegende Unterscheidung	144
bb)	Behandlung von Austauschverträgen	145
cc)	Behandlung von Darlehen	147
dd)	Behandlung von Sicherheiten	148
ee)	Cash-Pooling	149
b)	Personelle Reichweite	150
aa)	Ehemalige und zukünftige Gesellschafter	150
bb)	Leistungen durch Dritte	150
cc)	Leistung an Dritte	150
2.	Ausnahmen (§ 30 I 2 und 3 GmbHG).....	151
a)	Bestehen eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrages	151
b)	Deckung durch vollwertigen Gegenleistungs- oder Rückgewähranspruch	151
c)	Keine Anwendung auf Gesellschafterdarlehen	152
3.	Rückzahlungen von Nachschüssen (§ 30 II GmbHG)	152
4.	Rechtsfolgen von Verstößen	152
a)	Unzulässigkeit, aber keine Unwirksamkeit	152
b)	Rückzahlungsanspruch (§ 31 GmbHG)	153
aa)	Anspruchsgegner	153
bb)	Anspruchsinhalt	153
cc)	Haftungsumfang	155
dd)	Privilegierung des gutgläubigen Empfängers	156
ee)	Beseitigung der Unterbilanz	156
ff)	Verjährung und Bindungen	156
c)	Ausfallhaftung der Mitgesellschafter	157
d)	Verschuldenshaftung	158
e)	Steuerrechtliche Folgen	159
III.	Erwerb eigener Anteile, § 33 GmbHG	159
1.	Gesetzliche Beschränkungen	159
2.	Rechtsfolgen des wirksamen Erwerbs	160
	§ 9 Gesellschafterdarlehen und Co.....	163
I.	Problemstellung	163
II.	Historische Entwicklung	164
1.	Eigenkapitalersatzrecht	164
a)	Rechtsprechungsregeln	164
b)	Die Novellenregeln (§§ 32a/b GmbHG)	165
c)	Zwei Säulen des Eigenkapitalersatzrechts	165
2.	Die Neukonzeption durch das MoMiG	166
3.	Übergangsrecht	167

III. Anwendungsbereich der Neuregelungen	168
1. Rechtsformübergreifender Ansatz	168
2. Erfasste Personen	168
a) Gesellschafter	168
b) Zurechnung bei Beteiligung Dritter	169
3. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	170
a) Kleinbeteiligtenprivileg	170
b) Sanierungsprivileg	170
4. Erfasste Rechtshandlungen	171
IV. Rechtsfolgen	171
1. Nachrangigkeit in der Insolvenz	171
2. Anfechtbarkeit von Sicherungs- und Befriedigungsleistungen	172
3. Bilanzielle Behandlung	173
V. Gesellschafterbesicherte Drittdarlehen	173
VI. Nutzungsüberlassung	174
1. Alte Rechtslage	174
2. Neuregelung durch das MoMiG	174
a) Fortdauernde Nutzungsmöglichkeit	174
b) Ausgleichsanspruch des Gesellschafters	175
§ 10 Haftungsdurchgriff und Existenzvernichtungshaftung	177
I. Ausgangspunkt: Das Trennungsprinzip	177
II. Haftungsdurchgriff	178
1. Dogmatische Grundlagen	178
2. Fallgruppen	179
a) Vermögensvermischung	179
b) Materielle Unterkapitalisierung	180
c) Existenzvernichtung	182
III. Haftung wegen existenzvernichtenden Eingriffs nach „Trihotel“	184
1. Haftungsvoraussetzungen	184
a) Kompensationsloser Eingriff in das Gesellschaftsvermögen	184
b) Sittenwidrigkeit	185
c) Vorsatz	186
d) Darlegungs- und Beweislast	186
2. Rechtsfolgen	186
a) Anspruchsinhaber	186
b) Anspruchsschuldner	187
c) Ersatzfähiger Schaden	187
d) Kein Vorrang des Einzelausgleichs nach § 31 GmbHG	188
3. Bewertung	188
§ 11 Die Organe der GmbH	191
I. Überblick	191
II. Geschäftsführer	192
1. Rechtsstellung	192
2. Pflichten und Befugnisse	193

3.	Persönliche Anforderungen	194
a)	Selbst- oder Fremddorganschaft	194
b)	Gesetzliche Mindestanforderungen und Ausschlussgründe	194
c)	Ausländische Geschäftsführer	195
4.	Begründung des Organverhältnisses	195
a)	Trennungstheorie	195
b)	Rechtsgeschäftliche Bestellung	196
c)	Gerichtliche Bestellung eines Notgeschäftsführers	197
5.	Beendigung des Organverhältnisses	198
a)	Abberufung	199
aa)	Grundsatz: freie Abberufbarkeit	199
bb)	Einschränkungen	199
cc)	Abberufung aus wichtigem Grund	200
dd)	200 Mitbestimmungsrechtliche Besonderheiten	202
b)	Amtsniederlegung	202
c)	Sonstige Beendigungsgründe	203
d)	Wirkung der Beendigung	203
6.	Anstellungsvertrag	203
a)	Rechtsnatur	203
b)	Vertragsschluss	204
c)	Inhalt	205
d)	Vergütung	205
e)	Beendigung	206
aa)	Ordentliche Kündigung	206
bb)	Außerordentliche Kündigung	207
cc)	Sonstige Beendigungsgründe	208
7.	Vertretung der GmbH	208
a)	Grundlagen	208
b)	Umfang der Vertretungsmacht	209
8.	Haftung gegenüber der Gesellschaft (Innenhaftung)	210
a)	Überblick	210
b)	Allgemeine Sorgfaltshaftung (§ 43 II, III GmbHG)	211
aa)	Überblick	212
bb)	Pflichtwidrigkeit und Sorgfaltsmaßstab	212
cc)	Keine Haftung bei Handeln aufgrund Weisung	214
dd)	Nachträgliche Haftungsfreistellung	216
ee)	Schuldner	217
ff)	Verjährung	218
gg)	Geltendmachung	218
hh)	Konkurrenzen	219
c)	Haftung nach § 64 GmbHG wegen Zahlungen nach Insolvenzreife	220
aa)	Überblick	220
bb)	Normzweck	221
cc)	„Zahlung“	222
dd)	Zahlungsunfähigkeit	223

ee) Überschuldung	224
ff) Geltendmachung	225
9. Haftung gegenüber Gesellschaftsgläubigern (Außenhaftung)	226
a) Überblick	226
b) Haftung aus culpa in contrahendo	226
c) Haftung aus unerlaubter Handlung	227
aa) § 823 I BGB	227
bb) § 823 II BGB	227
cc) § 826 BGB	228
d) Haftung wegen Insolvenzverschleppung gemäß § 823 II BGB, 15a I 1 InsO	228
aa) Insolvenzzrechtliche Grundlagen	228
bb) Schutzgesetz	229
cc) Haftungsumfang	230
10. Haftung gegenüber Gesellschaftern	231
III. Die Gesellschafterversammlung	232
1. Bedeutung und Terminologie	232
2. Zuständigkeiten	233
3. Einberufung	234
a) Grundlagen	234
b) Einberufungskompetenz	235
c) Einberufungspflicht	236
d) Form, Frist und Inhalt	236
e) Folgen von Einberufungsmängeln	237
4. Teilnahme	238
a) Teilnahmerecht der Gesellschafter	238
b) Rede- und Antragsrecht	239
c) Teilnahme sonstiger Personen	239
5. Versammlungsleiter	239
6. Beschlussfassung	240
a) Willensbildung durch Abstimmung	240
b) Mehrheitserfordernisse	241
c) Beschlussfeststellung	241
d) Formerfordernisse und Protokollierung	242
e) Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren	244
f) Stimmrecht	244
g) Ausschluss des Stimmrechts und sonstige Ausübungsschranken	246
aa) Stimmrechtslose Anteile	246
bb) Stimmverbote	246
cc) „Bewegliche Ausübungsschranken“	247
dd) Stimmbindungsvereinbarungen	248
7. Fehlerhafte Beschlüsse der Gesellschafterversammlung (Beschlussmängelrecht)	249
a) Analoge Anwendung der §§ 241 ff. AktG	249
b) Nichtigkeit	249